



LAND

OBERÖSTERREICH

aufgeräumt

Die Zeitschrift für Raumordnung in Oberösterreich

Interkommunale Raumentwicklung in Oberösterreich



NR. 9



INHALT

S 01

Vorwort

LH Dr. Pühringer und LR Dr. Strugl

S 02-03

Interkommunale Raumentwicklung

als Instrument für die erfolgreiche Standortentwicklung in Oberösterreich

S 04-07

Zukunftsraum Eferding

S 08-11

Wirtschaftsachse S 10

S 12-15

Powerregion Enns-Steyr

S 16-19

Region Untere Feldaist (RUF)

S 20-23

Zukunftsregion Braunau

S 24-27

Region Schwanenstadt

S 28-31

Zentralraumregion Linz-Südwest

S 32

Ausblick

Herausforderung Interkommunale Raumentwicklung



VORWORT

Kräfte bündeln – Zukunft gestalten!

Landeshauptmann Dr. Josef Pühringer, Landesrat Dr. Michael Strugl

Die räumliche Entwicklung in Oberösterreich wird, bedingt durch die verfassungsrechtlich normierte Kompetenzaufteilung zwischen Bund, Land und Gemeinden, von einer Vielzahl an raumordnungspolitischen Entscheidungen getragen. Insbesondere auch die Mitgliedschaft in der Europäischen Union hat uns jedoch gezeigt, dass kooperatives Handeln von Gebietskörperschaften entscheidende Vorteile bringen kann.

Jene Regionen, die es verstehen, ihre Kräfte zu bündeln und Entscheidungsprozesse zu optimieren, werden für die Gestaltung der Zukunft gut gerüstet sein.

In diesem Verständnis begrüßt und unterstützt das Land Oberösterreich und die Europäische Union seit einigen Jahren Projekte zur Interkommunalen Raumentwicklung (Förderprogramm Regio 13).

Aufbauend auf dem Erfolg versprechenden Pilotprojekt im Zukunftsraum Eferding, haben sich seit dem Jahr 2010 weitere 43 Gemeinden aus sechs Regionen auf freiwilliger Basis entschlossen, über Gemeindegrenzen hin-

weg ihre räumliche Entwicklung optimal aufeinander abzustimmen.

Städte und Landgemeinden arbeiten Seite an Seite an einer zukunftsfähigen Raumentwicklung.

Mit dieser innovativen Raumentwicklungsplanung lassen sich langfristig unter anderem

- energieeffiziente Raumstrukturen aufbauen,
- Infrastrukturinvestitionen optimiert einsetzen,
- konkurrenzfähige Wirtschaftsstandorte entwickeln, aber auch
- die Sicherung von Freiräumen außer Streit stellen.

Eine Voraussetzung für den Umsetzungserfolg wird unter anderem in der Sicherstellung der kommunalen Mitgestaltungsrechte an diesen regionalen Planungsprozessen liegen.

Oberösterreich hat dafür mit den ersten Projekten zur interkommunalen Raumentwicklung erfolgversprechende Bausteine vorgelegt.



Interkommunale Raumentwicklung als Instrument für die erfolgreiche Standortentwicklung in Oberösterreich

Andreas Mandlbauer, Abteilung Raumordnung, Amt der Oberösterreichischen Landesregierung



Andreas Mandlbauer

Abteilung Raumordnung, Amt der
Oö. Landesregierung

„Raumordnung bedeutet, den Gesamt-
raum und seine Teilräume vorausschau-
end planmäßig zu gestalten und die
bestmögliche Nutzung und Sicherung
des Lebensraumes im Interesse des
Gemeinwohles zu gewährleisten.“ § 1
Abs. 2 Oö. Raumordnungsgesetz 1994
i.d.g.F.

Die räumliche Entwicklung stößt in zunehmendem Maße auch in einigen Regionen Oberösterreichs an ihre Grenzen. Dies wird insbesondere dann augenscheinlich, wenn Planungsüberlegungen aus kompetenzrechtlichen Gründen an den Gemeinde- bzw. Sachgebietsgrenzen enden (müssen), und somit der „Planungsspielraum für Entwicklungen“ durch Verwaltungs- und Zuständigkeitsgrenzen beschränkt wird.

Es ist den vier Gemeinden des Zukunftsraumes Eferding (Eferding, Fraham, Hinzenbach, Puppung), der Oö. Regionalmanagement Oö. GmbH und der Oö. TMG zu danken, dass sie sich vor einigen Jahren nicht mit dieser Ausgangslage abgefunden haben. Ihre Erkenntnis damals:

Die Kompetenzverteilung in der Raumordnung ist zwar in den bekannten Planungsebenen rechtlich festgeschrieben, den handelnden Planungspartnern stehen jedoch für die kooperative Raumentwicklung größere raumplanungsrechtliche Freiräume offen.

Und genau an dieser Stelle setzen die Überlegungen zur interkommunalen Raumentwicklung an: Eine planmäßige Lebensraumgestaltung im Sinne des § 1 Oö. Raumordnungsgesetz 1994 wird dann zielgerichtet gelingen, wenn über Gemeindegrenzen hinweg die räumliche Entwicklung abgestimmt und diese auch grundsätzlich vom Land, als wichtiger Planungspartner, mitgetragen wird.

Motiviert von den positiven Erfahrungen der Gemeinden im Zukunftsraum Eferding sowie vieler Gemeinden in Oberösterreich mit regional abgestimmter Betriebsansiedlungspolitik (INKOBA, Wirtschaftspark), wird mittlerweile in

weiteren sechs Regionen Oberösterreichs an einer ganzheitlichen, interkommunal abgestimmten Raumentwicklungsstrategie gearbeitet. Kein leichtes Unterfangen, wenn offen in regionalen Gemeinderäte/rätinnen-Konferenzen über langfristige, räumliche Entwicklungsperspektiven und über eine Neuaufteilung von Kommunalsteuereinnahmen innerhalb einer Planungsregion kontrovers diskutiert wird.

Zwei Aspekte sind für das Gelingen von interkommunalen Raumentwicklungsprozessen besonders relevant:

- Fassen von gleichlautenden Gemeinderatsbeschlüssen für interkommunale Raumordnungsvereinbarungen, damit eine gemeindeübergreifende Abstimmung der Raumentwicklung und eine darauf aufbauende Übernahme in die örtlichen Raumplanungsinstrumente (Flächenwidmungsplan inkl. ÖEK) sichergestellt wird.
- Durchführung einer überörtlichen Raumverträglichkeitsprüfung für interkommunale Raumordnungsrahmenpläne durch die Landesverwaltung, damit frühzeitig deutlich wird, welche angedachten (inter-)kommunalen Entwicklungen den Zielen und Festlegungen des Landes entsprechen und eine Übernahme in örtliche Raumplanungsinstrumente möglich ist.

Eine wesentliche Voraussetzung für die Nutzbarmachung des planerischen Mehrwerts von interkommunalen Raumentwicklungsprozessen ist auch, dass die Gemeinden und das Land, im



Rahmen ihrer Kompetenzen, Verantwortung für die Umsetzung interkommunaler Raumentwicklungsziele übernehmen.

Das heißt, gemeinsames Planungs- und Umsetzungsmanagement unter anderem in folgenden Bereichen:

- Konkurrenzfähige Standorte für die wirtschaftliche Entwicklung identifizieren, ihre Nutzung zu marktfähigen Preisen sicherstellen, professionelles Marketing durchführen und zusätzliche Kommunalsteuereinnahmen regional ausgewogen aufteilen.
- Freiräume in ihrer multifunktionalen Wirkung erkennen, regional bedeutende Gebiete vor Bebauung schützen und langfristige Entwicklungsziele im Freiraum mit gezielter Ausnutzung aller Fördermöglichkeiten verfolgen.
- Bedeutsame Infrastrukturmaßnahmen auch im Hinblick auf regional akkordierte Siedlungsleitbilder ausrichten und dementsprechende Planungsalternativen entwickeln.

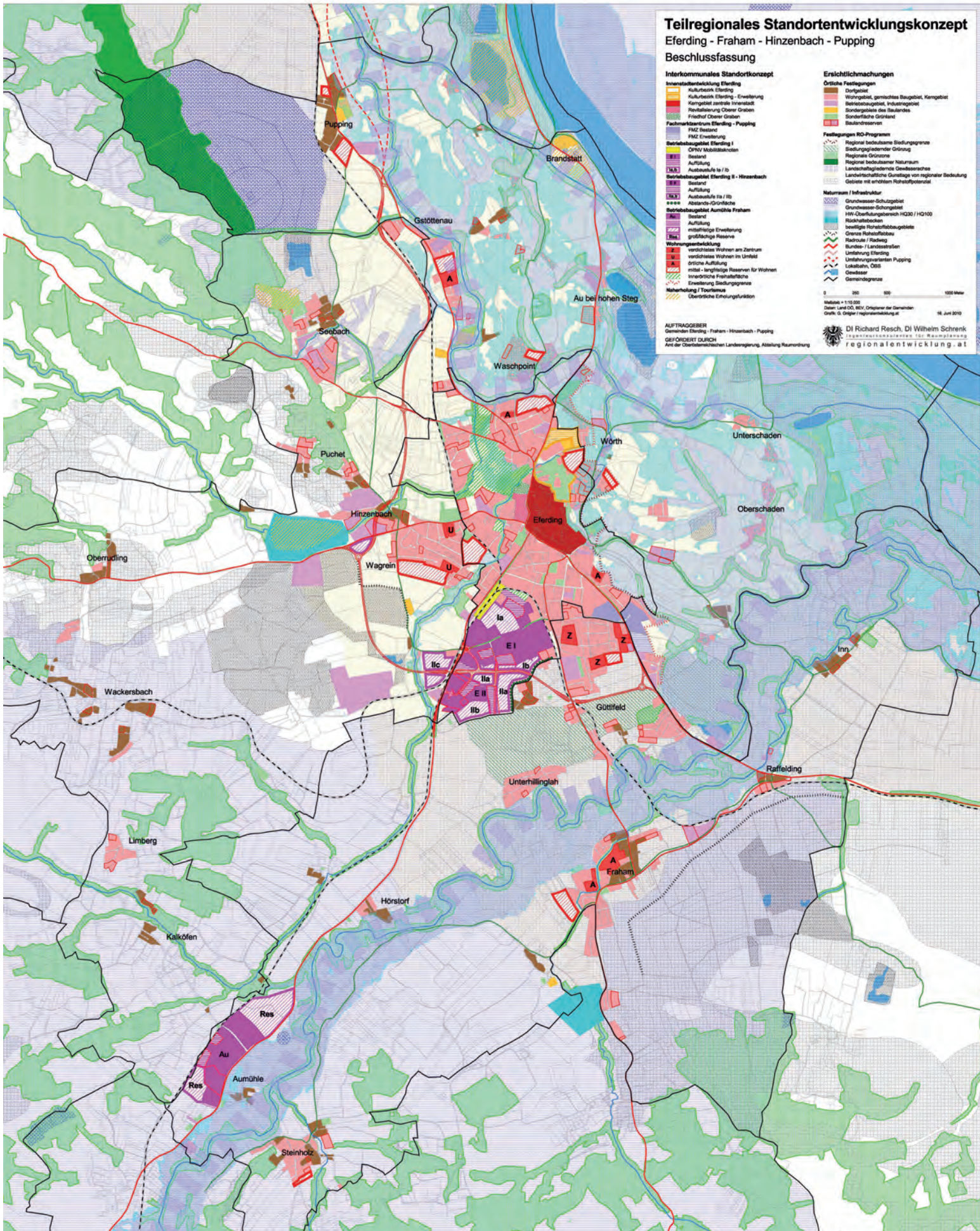
Folgende Ergebnisse aus den bisherigen interkommunalen Planungsprozessen lassen optimistisch in die Zukunft blicken:

- Im Zukunftsraum Eferding haben alle vier Gemeinden zeitgleich ihre Örtlichen Entwicklungskonzepte auf Basis des kommunalpolitisch akkordierten interkommunalen Raumordnungsrahmenplans einer Überarbeitung unterzogen.
- Acht Städte und Gemeinden des Bezirks Freistadt haben gleichlaufende kommunalpolitische Beschlüsse gefasst, die langfristige Betriebsstandortentwicklung entlang der künftigen S 10 nicht dem Zufall zu überlassen. Sie haben (in Abstimmung mit dem Land) bereits vor Eröffnung dieser wichtigen Straßeninfrastruktur unter anderem festgelegt, in welchen ausgewählten Standorträumen eine wirtschaftliche Entwicklung (Gewerbe und Handel) in der Region prioritär verfolgt werden soll.

- Im dynamischen Entwicklungsraum zwischen den Städten Enns und Steyr haben acht Städte und Gemeinden einen Entwurf für einen Planungszweckverband erarbeitet, der neben der interkommunalen Raum- und Standortentwicklung auch die integrierte, nachhaltige Regionalentwicklung als Kooperationsgegenstand umfasst.

Einige Fragen müssen im Zusammenhang mit der interkommunalen Raumentwicklung sicherlich noch beantwortet werden, und der gewohnte Planungstag läuft mit der zusätzlich etablierten „interkommunalen Planungsebene“ auch nicht immer ohne Reibungsverluste ab.

Dennoch ist das Land Oberösterreich überzeugt, dass interkommunale Raumentwicklungskonzepte als freiwilliges und ergänzendes Planungsinstrument in dynamischen Entwicklungsregionen eingesetzt werden sollten. Die ersten erfolgreichen Weichenstellungen dazu wurden jedenfalls schon vorgenommen.



Interkommunale Raumentwicklung Zukunftsraum Eferding

Den Kuchen teilen ... Zusammenarbeit hilft den Gemeinden und ihren Bürgern.



Hubert Schlucker
*Regionssprecher und
Bürgermeister in Puppung*

Beteiligte Städte/Gemeinden:

Eferding, Fraham, Hinzenbach,
Puppung

Politischer Bezirk:

Eferding

Bevölkerungszahl (Stand 2013):

10.000 Einwohner

Fläche: 48 km²

Regionssprecher:

Bgm. Hubert Schlucker,
Puppung

Planungsbüro (Projektleitung):

DI Richard Resch,
regionalentwicklung.at, Graz

Start des Planungsprozesses:

2009

Ansprechpartner im

Regionalmanagement:

DI Clemens Piffel
(clemens.piffel@rmooe.at)

Nachdruck eines Artikel aus: „Die Kraft der Regionen“.

Was 15 Jahre Regionalmanagement in Österreich bewirkt haben, Conrad Seidl, Wien, Jänner 2011, mit Genehmigung des Bundeskanzleramtes

Man kennt das: wenn eine Gemeinde einen finanzkräftigen Arbeitgeber an der Angel zu haben glaubt, dann tut sie alles, um diesen Fisch an Land zu ziehen. Natürlich ist damit das eigene Land, der eigene Gemeindegrund gemeint. Das ist nicht viel anders, als wenn Staaten darum werben, dass Großkonzerne sich eben da und nicht anderswo ansiedeln. Denn da geht es um Einnahmen, die einem entgehen, sollte der Investor es vorziehen, sich doch lieber ein paar Kilometer weiter, hinter der (Gemeinde-)Grenze anzusiedeln.

Den Unternehmern ist ihre komfortable Lage meist nur allzu sehr bewusst: Sie wissen, dass ein Wettbewerb der Standorte letztlich ihnen zu Gute kommt. Vielleicht lassen sich die politischen Akteure gegeneinander ausspielen? Vielleicht geht es ja doch noch ein bisschen billiger, mit weniger Auflagen und noch mehr Entgegenkommen von dem, der seinen Standort am dringendsten andienen will? So kommt es zu einem mehr oder weniger fröhlichen – aber für die öffentliche Hand jedenfalls teuren – Lizitieren nach unten.

Es geht aber auch anders: In mehreren Regionen Österreichs haben sich einzelne Gemeinden zusammengeschlossen, um sich gemeinsam als Standort zu empfehlen. Sie teilen lieber die Einkünfte, als dass sie sich gegeneinander ausspielen lassen.

Im Bezirk Eferding kam die Anregung dazu von der Wirtschaftskammer und der Technologie- und Marketinggesellschaft, erinnert sich der Regionalmanager für Kommunales und Wirtschaft, Franz Tauber: Er war es, der vier Gemeinden dazu gebracht hat, den Kuchen zu teilen.

Er konnte dabei auf Erfahrungen aus Mittersill im Pinzgau zurückgreifen, wo erstmals in Österreich ein „interkommunaler Steuerausgleich“ vereinbart worden ist.

Es gibt, dass räumt er ein, kaum einen Begriff, der weniger „sexy“ klingt – also für das politische Marketing tauglich ist. Wie wäre es stattdessen mit „Gemüsekompetenz“? Hat auch nicht viel mehr Pfiff? Aber dafür hohe Relevanz in der Region rund um Eferding, die eines der führenden Gemüseanbaugebiete Österreichs ist.



Die politischen Ziehväter des Zukunftsraumes Eferding gemeinsam mit dem damaligen Landesrat KR Viktor Sigl beim fairen Aufteilen des Kuchens
Foto: Land Oberösterreich

Wenn es hier gelingt, von der rein landwirtschaftlichen Betrachtung der Gemüseproduktion wegzukommen, Forschung und Entwicklung zu bündeln und auch die Gastronomie für das zu interessieren, was quasi vor der Tür wächst, dann entsteht daraus ein Mehrwert. Gemüsekompetenzzentrum also. Es sind solche Leitbegriffe, die die Entscheidungsträger an einen Tisch bringen. Es sind solche Leitbegriffe, die es der Bevölkerung schmackhaft machen, dass die eigene Gemeinde mögliche Einnahmen mit den Nachbarn teilt – das kommt nämlich in Form von gesenkten Kosten wieder herein.

Im Eferdinger Beispiel heißt das, dass die vier Gemeinden Eferding, Fraham (mit roter Mehrheit) sowie Hinzenbach und Popping (mit ÖVP-Mehrheit) ein gemeinsames Standortentwicklungskonzept erarbeiten. Es betrifft nicht nur betriebliche Flächen, sondern auch Wohnbau, Freizeitfunktionen, kommunale Infrastruktur, agrarische Flächen und damit das Landschaftsbild. Gemeinsam hat man die Umfahrung von Eferding geplant, die seit 2011 errichtet

wird, gemeinsam wird man davon profitieren, wenn sich an dieser Umfahrung Betriebe ansiedeln: Egal auf welchem Gemeindegebiet die Ansiedlung letztlich erfolgt, die Kommunalsteuer aller neuen Betriebe wird aufgeteilt.

Es war eine Entscheidung, die langen Vorlauf gebraucht hat, bevor am Abend des 18. Dezember 2008 in allen vier Gemeinderäten der entsprechende Beschluss gefallen ist. Aber weil man inzwischen so schön zusammensitzen gewohnt ist, hat man eine Bürogemeinschaft eingerichtet, in der künftig alle Kommunalverbände der Region sitzen sollen und bis hin zur kommunalen Lohnverrechnung alles gemeinsam gemacht werden soll. Den Bürger gefällt es: Für sie sinken nicht nur die Kosten – auch die Behördenwege werden kürzer.

*Der Stadtkern von Eferding soll als Einkaufserlebnis-Kultur-Zentrum für den gesamten Zukunftsraum Eferding weiter entwickelt werden
Foto: A. Mandlbauer, Amt der Öö. Landesregierung*

*Kommunalpolitische Vertreter vor dem gemeinsamen Verbändehaus in Eferding
Foto: Amt der Öö. Landesregierung*



Interkommunale Raumentwicklung Wirtschaftsachse S 10

Bgm. Fritz Stockinger, Rainbach im Mühlkreis
DI Richard Resch, regionalentwicklung.at, Graz
DI Wilhelm Patri, Regionalmanagement Oberösterreich GmbH.



Fritz Stockinger
*Regionssprecher und
Bürgermeister in Rainbach im
Mühlkreis*

Beteiligte Städte/Gemeinden:

Freistadt, Grünbach bei Freistadt,
Kefermarkt, Lasberg, Leopoldschlag,
Neumarkt im Mühlkreis, Rainbach im
Mühlkreis, Waldburg

Politischer Bezirk: Freistadt

Bevölkerungszahl (Stand 2013):

22.600 Einwohner

Fläche: 269 km²

Regionssprecher:

Bgm. Fritz Stockinger, Rainbach im
Mühlkreis

Planungsbüro (Projektleitung):

DI Richard Resch, regionalentwick-
lung.at, Graz

Start des Planungsprozesses:

2012

Ansprechpartner im

Regionalmanagement:

Wilhelm Patri MAS
(wilhelm.patri@rmooe.at)

Ausgangslage und Projekt motive

Zahlreiche Baumaschinen in der Region, Tunnelöffnungen und Brückenbauwerke machten es deutlich: die S 10 (Mühlviertler Schnellstraße) kommt! Für die INKOBA Region Freistadt, dem Gemeindeverband aller 27 Gemeinden des Bezirkes Freistadt, war das bereits 2011 Anlass, sich gemeinsam intensiv über die künftige Raumentwicklung mit dem Schwerpunkt Betriebsansiedlung zu machen.

Speziell für die Gemeinden direkt an der S10- Achse und deren Anschlussstellen stellten sich laufende, insbesondere raumordnerische Fragen, die bislang nicht eindeutig (sprich mit einem Inhalt und einer Sprache) oder jeweils nur aus der Sicht einzelner Gemeinden beantwortet werden konnten.

Fragen waren z.B.:

Wo entwickeln wir neue Standorte und wie berücksichtigen wir bestehende Unternehmen?

Welche Unternehmen wollen wir künftig in der Region zusätzlich haben?

Verträgt die Region weitere Handelsstandorte und wenn ja, welche Branchen?

Wie ist die Qualität, Lage und Verfügbarkeit von Flächen?

Wie sind diese erreichbar?

Aus der Verbandsperspektive verankert ist in den Köpfen der Akteure auch, dass raumplanerische Entscheidungen direkt an der Achse der S 10 auch weit in die peripheren Regionen des Bezirkes wir-

ken werden. Aus diesen Überlegungen heraus haben die Gemeinden Freistadt, Grünbach bei Freistadt, Kefermarkt, Lasberg, Leopoldschlag, Neumarkt im Mühlkreis, Rainbach im Mühlkreis, Waldburg in Absprache mit der INKOBA Region Freistadt das Projekt „Interkommunales Raumentwicklungskonzept Achse S 10“ im Jänner 2012 gestartet und Anfang September 2013 erfolgreich beendet.

Planungsprozess

Die Regionalmanagement OÖ GmbH, Geschäftsstelle Mühlviertel hat das Projekt aufgesetzt und begleitet. Als erfahrenes Expertenteam konnte das Planungsteam DI Richard Resch, DI Wilhelm Schrenk und DI Max Mandl gewonnen werden.

Sie übernahmen den raumordnungsfachlichen und wirtschaftspolitischen Teil. Für die Prozessbegleitung stand den acht Gemeinden Ambros Pree, elements consult e.U. zur Seite. Neben den Gemeindevertreterinnen und Gemeindevertretern mit ihren Bauämtern lieferten die Wirtschaftskammer Freistadt, das Technologiezentrum Freistadt und die TMG wichtige Inputs zum gesamten Projekt.

Der achtzehnmonatige Arbeitsprozess folgte einem Ablauf, wo sich Erhebungs- und Bearbeitungsphasen mit Gemeindeggesprächen, Expertenrunden und Workshops mit allen Beteiligten abwechselten. Im Laufe der Bearbeitung

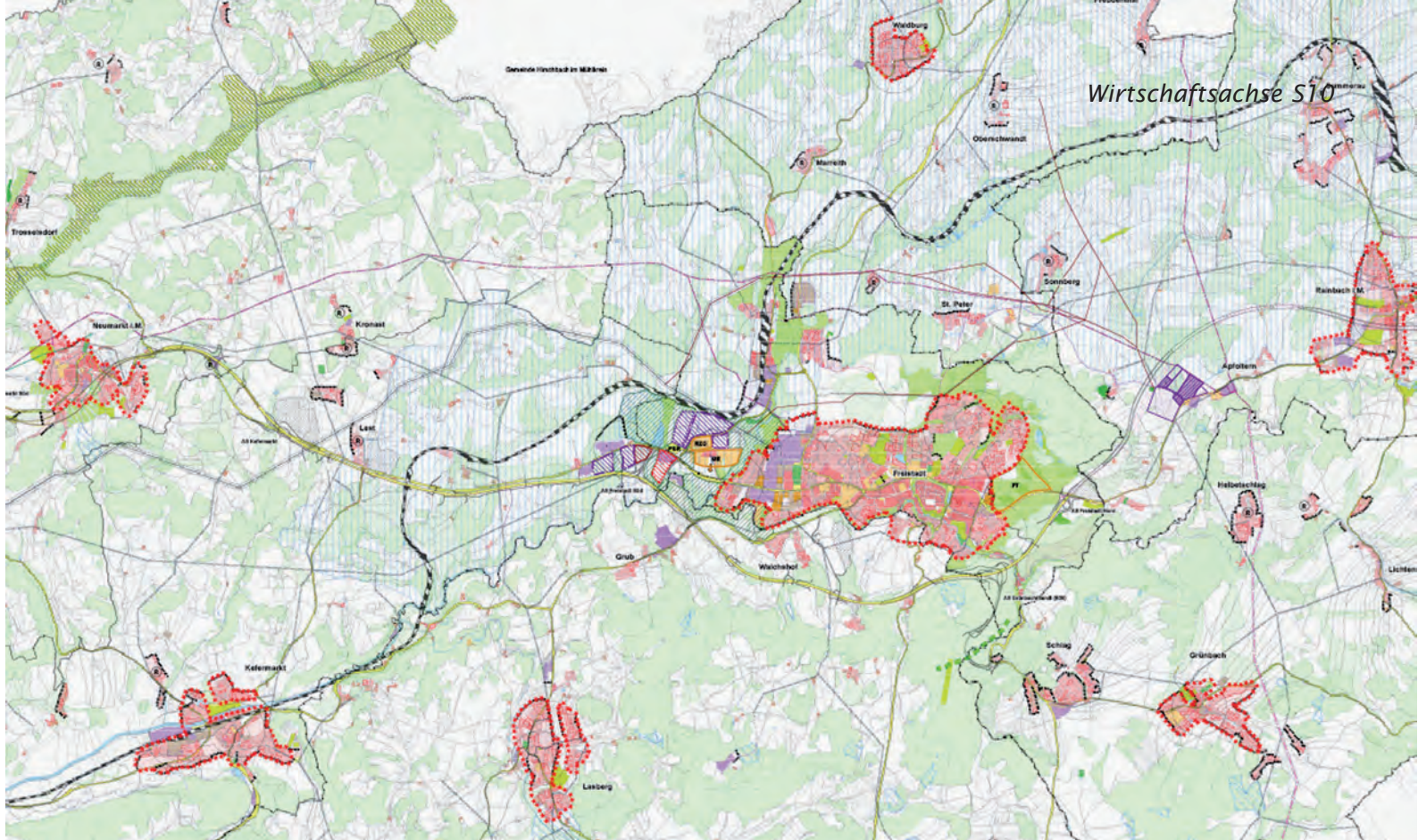


Abbildung:
Räumliches Strukturmodell der Wirtschaftsachse S 10
Quelle: Bietergemeinschaft DI Resch, DI Schrenk, DI Mandl, 2013

hat sich das Erfordernis einer inhaltlichen Vertiefung für das Thema Handlungspotentiale aufgetan. Als Spezialist für den Einzelhandel hat die CIMA die Handelsstruktur im Bezirk und sinnvolle Branchenergänzungen und –erweiterungen für die Zukunft ermittelt und nachvollziehbar dargestellt.

Um das Bild für den gesamten Bezirk zu vervollständigen, hat das TZ Freistadt darüber hinaus im Sommer 2012 auch für alle anderen Gemeinden des Bezirkes, die nicht direkt an der S 10 liegen, Standortpotentiale für betriebliche Entwicklung erhoben, aufbereitet und bewertet.

Meilenstein war sicherlich die umfassende Abstimmung des Konzeptes mit den Landesdienststellen im Rahmen der Raumverträglichkeitsprüfung für das Interkommunale Raumentwicklungskonzept S 10; davon kann auch eine für die Gemeindevertreterinnen und Gemeindevertreter besonders wichtige Absicherung ausgewiesener Standorte seitens des Amtes der Oö. Landesregierung für spätere Verfahren abgeleitet werden.

Am 20. März 2013 fand im TZ Freistadt die Gemeinderätekonferenz statt, wo alle Gemeinderäte/rätinnen der acht Gemeinden zu einem Infoabend betreffend Konzeptpräsentation geladen waren.

Aufgrund der soliden inhaltlichen Arbeit und der funktionierenden Kommunikation zwischen den Gemeinden haben im Sommer alle acht Gemeinden die Gemeinderatsbeschlüsse zur Umsetzungsvereinbarung einstimmig gefasst. Mit der Unterschrift der Umsetzungsvereinbarung bei der ersten Sitzung des Interkommunalen Planungsausschusses (Anfang September 2013) wurde das Projekt erfolgreich abgeschlossen und die Umsetzungsphase der interkommunalen Zusammenarbeit gestartet.

Konkrete Ergebnisse

Als wesentliche Ergebnisse des Projektes wurden ein inhaltliches Entwicklungsleitbild und ein Raumordnungsrahmenplan mit strategischen Zielen und Festlegungen zu allen S10 Knoten und damit zusammenhängen-

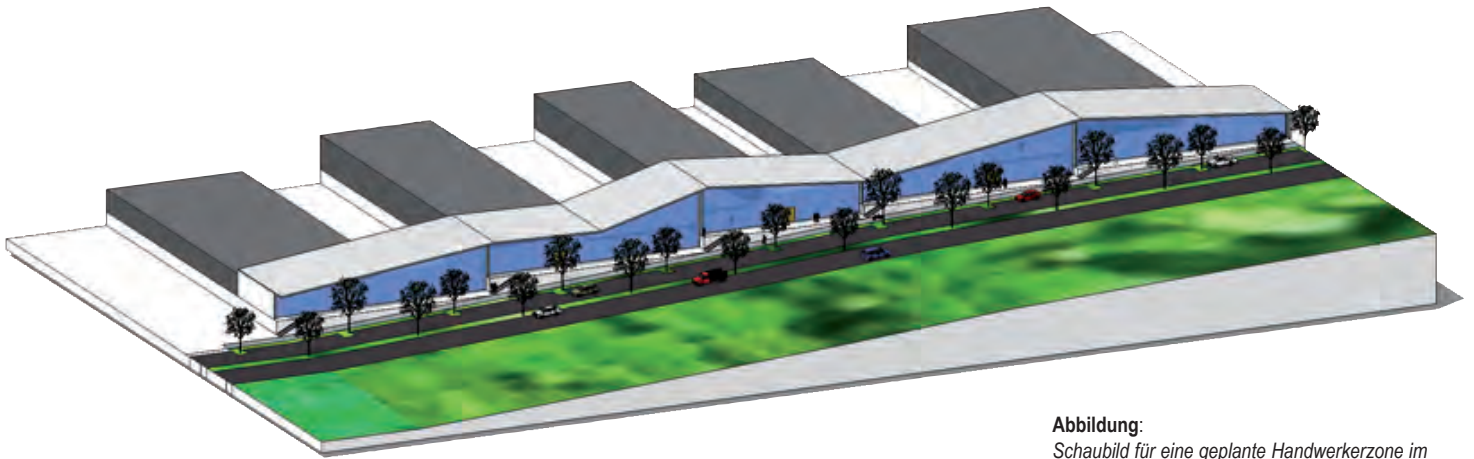


Abbildung:
Schaubild für eine geplante Handwerkerzone im
Süden von Freistadt
Quelle: Bietergemeinschaft DI Resch, DI Schrenk, DI
Mandl, 2013

den Flächenausweisungen festgelegt. Der zu erwartende Fokus der zukünftigen Entwicklung in Freistadt-Süd wurde im Rahmen eines Masterplanes vertieft. Die interkommunalen wirtschaftlichen Schwerpunktsetzungen sind mit Funktionen und Fristigkeiten definiert. Alle acht Gemeinden haben sich darauf verständigt, ob und wo Handel, Gewerbe, Freiflächennutzung in welcher Zeitabfolge entwickelt werden soll.

Bei großflächigen Siedlungsentwicklungen oder bei touristischen Schwerpunkten ist man sich einig. Auch in derverkehrlichen Entwicklung wurde weitgehend Klarheit geschaffen, z.B. in der Frage der P&R-Anlage, der Spange der B 38 (Böhmerwald Straße) und dem zu entwickelnden Fuß- und Radverkehrswegenetz.

Die generelle Entwicklungsrichtung mit wesentlichen räumlichen Festlegungen und die damit zusammenhängenden Spielregeln der künftigen Zusammenarbeit sind in der Umsetzungsvereinbarung definiert:

- bei welchen Projekten ist das Einvernehmen der Partnergemeinden herzustellen (Konsultationsprozess)
- über welche Projekte müssen sich die Gemeinden gegenseitig informieren (Informationspflicht)
- wie arbeitet der interkommunale Planungsausschuss samt Geschäftsordnung
- Laufzeit und Evaluierung der Vereinbarung

Die Gemeinden der INKOBÄ Region Freistadt haben 10 Jahre Erfahrung in der interkommunalen Zusammenarbeit. Diese Basis war sicherlich wesentlich für den erfolgreichen Abschluss des Raumordnungsrahmenplanes und der Umsetzungsvereinbarung und konnte im Rahmen des Arbeitsprozesses vertieft und ausgebaut werden.

Nächste Schritte/Herausforderungen

Die Erwartungshaltung an die Umsetzung der raumordnungsfachlichen und wirtschaftspolitischen Festlegungen ist groß, zumal die sichtbaren Baufortschritte bei der S 10 Anfragen von Investoren und Interessenten verstär-

ken. Die Gemeinden arbeiten bereits derzeit daran, die Verfügbarkeit der prioritären Standorte für die Region zu sichern, damit eine Entwicklung gemäß der Vereinbarung vorangetrieben werden kann und entsprechende Angebote für Unternehmen geschnürt werden können.

Neben der Einhaltung der Spielregeln bei der interkommunalen Raum- und Infrastrukturentwicklung geht es nun vor allem darum, auch die aktionsorientierten zukunftsweisenden strategischen Ziele und Maßnahmen mit Leben zu erfüllen und schrittweise umzusetzen. Mit diesen Werkzeugen sollte der beabsichtigte wirtschaftliche Schwung durch die S 10 zielgerichtet und interkommunal gesteuert und räumlich optimiert werden können.

Abbildung:
S10-Baustelle im Raum Lasberg
Quelle: A. Mandlbauer, Amt der Öö. Landesregierung



Interkommunale Raumentwicklung Powerregion Enns-Steyr

Bgm. Dr. Christian Kolarik, Kronstorf
 DI Claudia Schönegger/DI Klaus Roselstorfer, Terra Cognita, Salzburg
 DI Alois Aigner, Regionalmanagement Oberösterreich GmbH.



Dr. Christian Kolarik
*Regionssprecher und
 Bürgermeister in Kronstorf*

Beteiligte Städte/Gemeinden:

Asten, Dietach, Enns, Hargelsberg,
 Kronstorf, St. Florian, Steyr und
 Wolfers

Politische Bezirke: Linz-Land,
 Statutarstadt Steyr, Steyr-Land

Bevölkerungszahl (Stand 2013):
 72.300 Einwohner

Fläche: 205 km²

Regionssprecher:

Bgm. Dr. Christian Kolarik, Kronstorf

Planungsbüro (Projektleitung):

Terra Cognita, Claudia Schönegger
 KG, Salzburg

Start des Planungsprozess:
 2011

Ansprechpartner im

Regionalmanagement:

DI Alois Aigner (alois.aigner@rmoee.at)

Ausgangslage/Projekt motive/Ziele

Im Jahr 2011 haben sich die acht Städte und Gemeinden entlang der neuen B 309 dazu entschlossen, ein bezirksübergreifendes, interkommunales Raumentwicklungskonzept mit dem Schwerpunkt einer nachhaltigen Betriebsstandortentwicklung zu erstellen. Ziel des Projektes ist die Erarbeitung von Entscheidungsgrundlagen für eine langfristige Positionierung als international wahrnehmbare Wirtschaftsregion mit hoher Lebensqualität, erfolgreichen Betriebsstandorten und einer nachhaltig abgestimmten Entwicklung.

Als gemeinsame Grundlage für die künftige Raumentwicklung soll ein regionaler Raumordnungsrahmenplan mit Festlegung von Flächen mit regionaler Bedeutung für Arbeiten sowie Erholung, Freizeit und Naturraum dienen.

Gemeinsames Ziel für die Entwicklung der Powerregion ist ein nachhaltiges, qualitativvolles, ausgewogenes und kontrolliertes Wachstum bei gleichzeitiger Sicherung und Stärkung der hohen Lebensqualität in der Powerregion.

Neben der strategischen Entwicklung regionaler Standortpotentiale für die Ansiedlung von Betrieben sollen auch Instrumente und Maßnahmen zur gemeinsamen Sicherung der hohen Lebensqualität sowie der Stärkung des wirtschaftlichen Umfelds umgesetzt werden. So ist die Powerregion auf Trends und Entwicklungen gut vorbereitet und bietet auch einfache und rasche Lösungen für neue Herausforderungen

z.B. bei Standortanfragen der Wirtschaft. Zur Umsetzung der gemeinsamen Ziele soll ein Gemeindeverband gegründet werden.

Planungsprozess

Als Kerninhalte des Interkommunalen Raumentwicklungskonzeptes wurden aufbauend auf einer Bestandsanalyse eine regionale Entwicklungsstrategie erarbeitet und kooperative Denkräume für betriebliche Nutzung, Qualitätsräume für Natur und Landschaft sowie für Landwirtschaft und Regionale Grünzüge festgelegt. Im Rahmen der Regionalen Entwicklungsstrategie wurden strategische Ziele und Kooperationsthemen sowie regionale Entwicklungsziele und Instrumente der kooperativen Raumentwicklung behandelt.

In vier thematischen Fokusgruppen gab es noch Gelegenheiten zur Ergänzung und Schärfung der strategischen Ziele und Planentwürfe. Notwendige Abstimmungen und Beratungen mit dem Land Oberösterreich wurden laufend durchgeführt.

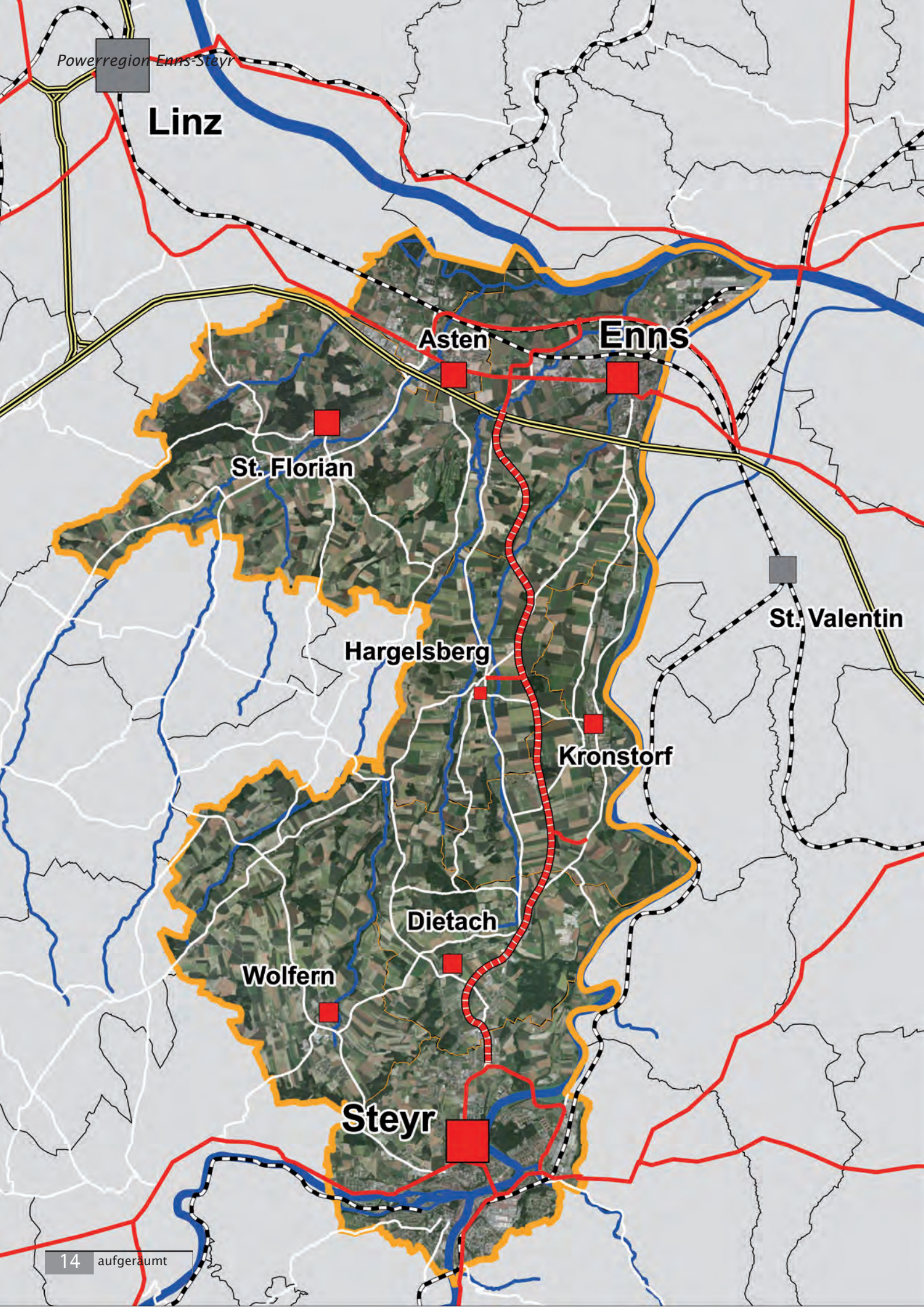
Diese Ergebnisse wurden in einem Gesamtentwurf für ein „Interkommunales Raumentwicklungskonzept Powerregion Enns-Steyr“ gebündelt, der Anfang 2013 in den Gemeinden zur Beratung und Diskussion vorlag.

Im Anschluss daran wurde vom Land Oberösterreich eine Raumverträglichkeitsprüfung (RVP) durchgeführt und die Ergebnisse daraus in die Entwürfe eingearbeitet.



Abbildung:
Die Bürgermeister der Powerregion Enns-Steyr (v.l.: Kolarik, Kronstorf; Kollingbaum, Asten; Karlinger, Enns; Hackl, Steyr; Schillhuber, Wolfers; Kampenhuber, Dietach; Huber, Hargelsberg; Zeitlinger, St. Florian)
Foto: DI Alois Aigner, Regionalmanagement Oberösterreich GmbH.





Powerregion Enns-Steyr

Linz

Asten

Enns

St. Florian

St. Valentin

Hargelsberg

Kronstorf

Dietach

Wolfern

Steyr



Abbildung:
Höchste Konzentration bei der Planungswerkstatt in
Dietach im April 2012
Foto: DI Alois Aigner, Regionalmanagement
Oberösterreich GmbH.

Zitat

Bgm. Dr. Christian Kolarik

„Die Chemie und das Vertrauen haben von Anfang an gepasst. Die B 309 hat nicht nur die Lebensqualität in den Gemeinden verbessert, sondern ist auch eine wichtige „Zukunftssachse“. Diese Zukunftssachse wollen wir aktiv entwickeln und gestalten. Jede Gemeinde für sich hat ihre Qualitäten und Potentiale.

Uns geht es um eine nachhaltige geordnete Entwicklung der Region entlang der B 309, bei der die einzelnen Gemeinden ihre hochwertigen Natur-, Wirtschafts-, Wohn- und Freizeitflächen aufeinander abstimmen.

Den Name Powerregion Enns-Steyr haben wir deshalb gewählt, weil „Power“ vielfältig in der Region vorhanden ist. Sei es in der wirtschaftlichen Dynamik, in der Ausbildung der Arbeitskräfte, im Zuzug zu den Gemeinden, der naturräumlichen Ausstattung oder direkt durch die Kette der Ennskraftwerke. Von der Automobilindustrie bis zum Hafen, von Hochkultur bis hin zum Erholungsraum findet sich alles entlang der B 309.“

Abbildung: Lage der Gemeinden in der Powerregion
Quelle: Claudia Schönegger, terracognita, Salzburg, 2013

Konkrete Ergebnisse

Ergebnisse der gemeinsamen bisherigen Arbeiten sind die Ausarbeitung von Eckpunkten für die strategische Ausrichtung der Powerregion, erste Entwürfe für die künftige räumliche Entwicklung mit Qualitätsräumen für Natur und Landschaft sowie Qualitätsräumen für die Landwirtschaft und weiters die Erarbeitung eines Standortkonzeptes. Dieses baut maßgeblich auf die bestehenden, in den Planungen der Gemeinden vorgesehenen Standorte und Gebiete auf, und wurde durch neue Standorte ergänzt, die für bestimmte Nutzungen besonders geeignet sind.

In das regionale Standortangebot wurden von den acht Städten und Gemeinden ca. 130 ha interkommunale Sonderstandorte mit überregionaler Bedeutung und Funktionszuweisung, ca. 75 ha regionale und teilregionale Betriebsstandorte, die teilweise bereits in den örtlichen Entwicklungskonzepten der Gemeinden festgelegt waren, und ca. 8 ha interkommunale Handelsstandorte eingebracht haben.

Neben den räumlichen Instrumenten wurden auch Qualitätsstandards für Wohn- und Betriebsstandorte diskutiert, die zur Steigerung der Attraktivität beitragen sollen. Um die Standorte auch mobilisieren und finanzieren zu können, wurden die jeweiligen Instrumente in den Gemeinden erhoben und wichtige Informationen in Bezug auf die Umsetzung ausgetauscht und dokumentiert.

Die nach der Raumverträglichkeitsprüfung überarbeiteten Entwürfe zum Interkommunalen Raumentwicklungskonzept und den Satzungen wurden bis Ende September 2013 in den Gemeinden beraten und diskutiert. Darauf folgte die Finalisierung der Entwürfe als Beschlussgrundlage.

Mit Ende 2013 wurden schließlich die Verbandssatzungen und das Interkommunale Raumentwicklungskonzept inkl. Raumordnungsrahmenplan in allen acht Gemeinderäten der Powerregion beschlossen.



**STADT
PREGARTEN**



Gemeinde
Wartberg ob der Aist



Gemeinde
Unterweikersdorf



Gemeinde
Hagenberg

Interkommunale Raumentwicklung Region Untere Feldaist (RUF)



Ing. Erich Hackl, Alt-Bürgermeister von Wartberg ob der Aist
DI Christa Kreindl, Technologiezentrum Freistadt
DI Richard Resch, regionalentwicklung.at, Graz
DI Wilhelm Patri, Regionalmanagement Oberösterreich GmbH.

Ing. Dietmar Stegfellner

*Regionssprecher und
Bürgermeister von Wartberg ob
der Aist*

Beteiligte Städte/Gemeinden:

Hagenberg im Mühlkreis, Pregarten,
Unterweikersdorf, Wartberg ob der
Aist

Politischer Bezirk: Freistadt

Bevölkerungszahl (Stand 2013):

13.800 Einwohner

Fläche: 74 km²

Regionssprecher:

Bgm. Ing. Dietmar Stegfellner,
Wartberg ob der Aist

Planungsbüro (Projektleitung):

DI Richard Resch,
regionalentwicklung.at, Graz

Start des Planungsprozess:

2012

Ansprechpartner im

Regionalmanagement: Wilhelm Patri
MAS (wilhelm.patri@rmooe.at)

Ausgangslage und Projekt motive

Die Gemeinden Hagenberg i. M., Pregarten, Unterweikersdorf, Wartberg ob der Aist entwickelten sich in den letzten Jahrzehnten sehr dynamisch. Die räumliche Nähe zum Zentralraum mit einer bestehenden hochrangigen Verkehrsanbindung (A 7 Mühlkreisautobahn) und der Bahn Linz-Budweis (Summeraubahn), gepaart mit einer sehr guten Wohnstandortqualität und beachtlichen Freiraumpotentialen, sind starke Standortfaktoren sowohl für die Wohnbau- und auch für die Betriebsgebietsentwicklung.

Die kontinuierliche Weiterentwicklung des Softwareparks Hagenberg zu einer national wie international bedeutenden Forschungs- und Bildungseinrichtung (Fachhochschule und das RISC) hat zudem auch die Betriebsansiedlung im Softwarepark und im Umfeld angekurbelt.

Mit dem Ausbau der A 7 bzw. der Weiterführung als S 10 Mühlviertler Schnellstraße über Freistadt Richtung Südböhmen und zunehmender Baulandentwicklung, rückt bei den

Gemeinden der Region Untere Feldaist die Frage der gemeindeübergreifenden Raumentwicklung ins Zentrum: Wo können und wollen wir weitere Wohnstandorte entwickeln?

Wo sollen verkehrliche Standortvorteile für Betriebsansiedlungen genutzt werden? Welche Freiflächen sind ökologisch bedeutend bzw. brauchen wir für Freizeit und Erholung?

Wie kann die schon derzeit bestehende Kooperation insbesondere im Infrastrukturbereich gestärkt und professionalisiert werden, um diesen Teilraum an der Schnittstelle von Zentralraum und ländlichem Raum funktions- und zukunftsfähig zu machen?

Die politische Eigenständigkeit der vier Einzelgemeinden steht aktuell außer Streit. Allerdings sind die Verflechtungen zwischen den Gemeinden mittlerweile so stark, dass künftige infrastrukturelle und raumplanerische Entscheidungen zumeist in den jeweils angrenzenden Gemeinden spürbar sind und damit grenzübergreifend diskutiert und gelöst werden müssen.



Abbildung:
 Mit dem Bau der S 10 (Mühlviertler Schnellstrasse) erfährt die Region Untere Feldaist eine weitere infrastrukturelle Aufwertung.
 Foto: Sieberer, Amt der Oö. Landesregierung, 2010

Alle vier Gemeinden sind Mitglieder der INKOBA Region Freistadt. Damit ist zwar die grundsätzliche Zusammenarbeit bei der betrieblichen Standortentwicklung schon gut verankert, die Priorisierung von Standorten aus der Sicht des Teilraumes war aber noch offen und sollte im Rahmen des Projektes gemeinsam mit siedlungs- und freiraumrelevanten Zielvorstellungen entwickelt werden.

Planungsprozess

Das Projekt wird von der Regionalmanagement OÖ GmbH, Geschäftsstelle Mühlviertel begleitet. Als erfahrenes Expertenteam wurden DI Richard Resch, DI Wilhelm Schrenk und DI Max Mandl beauftragt, die auch das Projekt Interkommunale Raumentwicklung S 10 betreuten. Damit ist die inhaltliche Abstimmung für raumordnungsfachliche und wirtschaftspolitische Themen zwischen den beiden angrenzenden Teilregionen gewährleistet. Der achtzehnonatige Arbeitsprozess endete im Dezember 2013 und folgte einem genauen Ablauf von Workshops der Steuerungsgruppe, ergänzenden thematischen Fokusgruppen und mehreren Rückkoppelungen in die Gemeinden.

Neben der Bürgermeisterin und den Bürgermeistern, den Fraktionsvertreterinnen und Fraktionsvertretern, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Gemeindeämter, der Abteilung Gesamtverkehrsplanung sowie der Abteilung Raumordnung des Landes Oberösterreich, nahmen die Wirtschaftskammer Freistadt und die OÖ TMG am Prozess teil und lieferten wichtige Grundlagen zum gesamten Projekt.

Die parallele Bearbeitung und Auswahl eines Trassenkorridors für die geplante Regiotram von Linz nach Pregarten stellte eine besondere Herausforderung für das Projekt dar.

In diesem Zusammenhang ging es darum, die Trassenvarianten auch aus entwicklungsplanerischer Sicht zu bewerten und eine laufende enge Abstimmung zwischen Trassenplanung und davon abzuleitenden raumplanerischen Konsequenzen sicherzustellen. Parallel zum Interkommunalen Raumentwicklungskonzept ist auch eine Strategie und Umsetzungsstruktur für eine darüber hinaus gehende interkommunale Zusammenarbeit in Arbeit, die auch eine breitere Einbindung der Bürger beinhaltet.



Konkrete Ergebnisse

Die Ergebnisse der räumlichen Analyse und sozioökonomischen Grundlagen waren Basis für eine Stärken-/Schwächenanalyse und darauf aufbauende Entwicklungsszenarien. Aus diesen Szenarien haben die Teilnehmerinnen und Teilnehmer das Szenario 2 mit einer Fokussierung auf eine „Neue Technologie- und Lifestyle/Smart Region Oberösterreich“ ausgewählt. Dieses Szenario beinhaltet folgende Eckpunkte:

- Softwarepark Hagenberg zu internationaler Destination ausbauen
- RUF als attraktive Destination für Unternehmen aus dem Zentralraum
- RUF als überregional attraktiver Wohnstandort – Smart Region mit 18.000 Einwohner (zusätzlich 4.000 EW bzw. 2.600 Haushalte)
- Optimale ÖV-Verbindung nach Linz mit ergänzender Flächenversorgung
- RUF mit erweitertem, gehobenen Bildungsangebot
- Gehobenes Waren- und Dienstleistungsangebot
- Regionale Mitte mit hochwertigen

zentralen Funktionen um den Bahnhof Pregarten

- Erhaltung/Pflege der Freiraumqualitäten, höherwertiges Freizeit- und Kulturangebot
- RUF=Smart Region Modellregion: von der interkommunalen Kooperation zur Muster-Stadt (Management, Mobilität, Energie, urbane Struktur, ...)

Das Standortentwicklungskonzept definiert die Prioritäten und Schwerpunktsetzungen für Handels- und Gewerbeansiedlungen. Für die prioritären Standortbereiche am Knoten Unterweirdorf und Regionale Mitte (Bahnhof Pregarten) wurden detaillierte Masterpläne ausgearbeitet.

Integriertes räumliches Entwicklungsleitbild und Raumordnungsrahmenplan definieren die darüber hinausgehenden überörtlichen Siedlungsschwerpunkte und ergänzenden Freiraumfunktionen entlang des Gusentals, der Visnitz, der Feldaist und der Waldaist.

Nächste Schritte/Herausforderungen

Der Entwurf des Interkommunalen Raumentwicklungskonzeptes liegt vor und ist zwischen den Gemeinden akkordiert.

Die interkommunale politische Abstimmung zum Entwurf der Kooperationsvereinbarung ist derzeit im Laufen und es wird für die Beschlussfassung durch die Gemeinderäte vorbereitet.

Für die Umsetzung des Konzeptes und weiterer Kooperationsthemen wird eine Gemeindeverbandslösung angestrebt. Derzeit wird an einer Zwischenlösung in der Form einer deutlich verbesserten Vereinsstruktur gearbeitet.



Abbildung: Bauarbeiten im künftigen Gewerbepark AS Unterweikersdorf

Quelle: Bietergemeinschaft DI Resch, DI Schrenk, DI Mandl, 2013

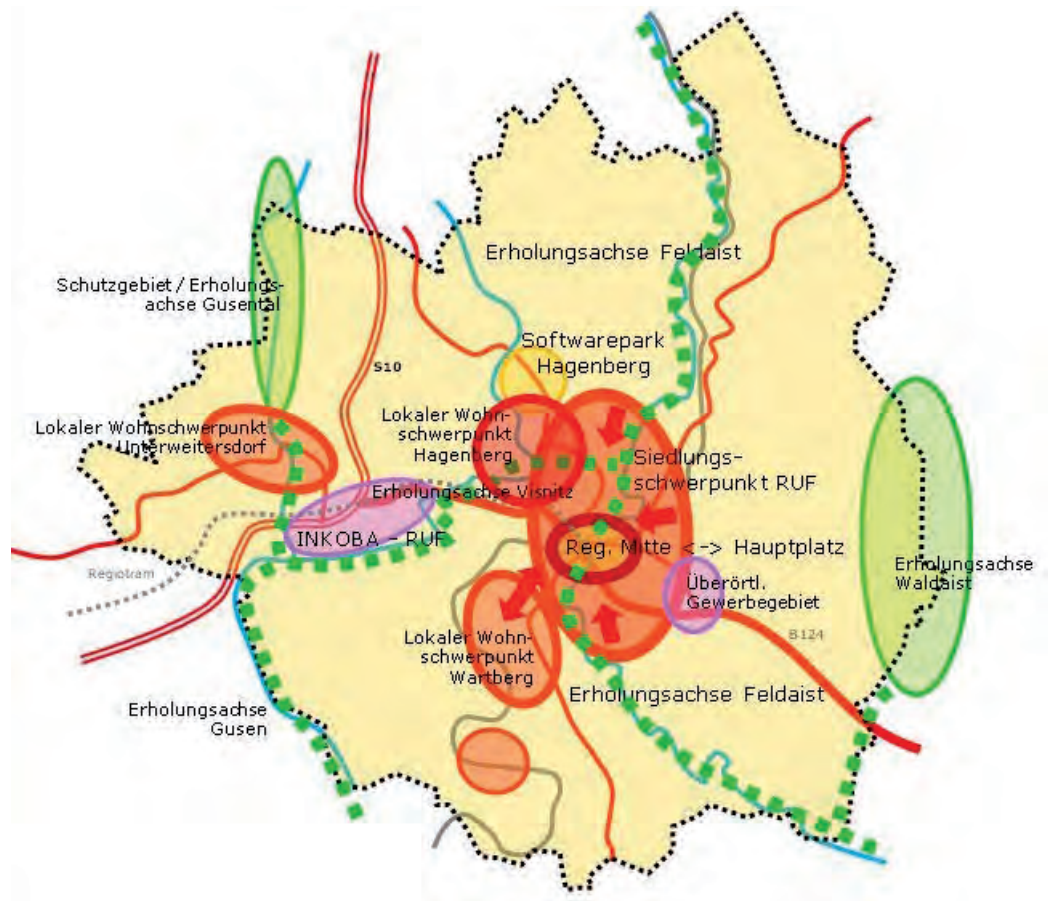


Abbildung: Räumliches Entwicklungsleitbild Region Untere Feldaist

Quelle: Bietergemeinschaft DI Resch, DI Schrenk, DI Mandl, 2013



Mag. Johannes Waidbacher

*Regionssprecher und
Bürgermeister in Braunau am Inn*

Beteiligte Städte/Gemeinden:

Braunau am Inn, Burgkirchen,
Neukirchen an der Enknach und
St. Peter am Hart

Politischer Bezirk: Braunau am Inn

Bevölkerungszahl (Stand 2013):

23.400 Einwohner

Fläche: 127 km²

Regionssprecher:

Bgm. Mag. Johannes Waidbacher,
Stadtgemeinde Braunau am Inn

Planungsbüro (Projektleitung):

Terra Cognita, Claudia Schöneegger
KG, Salzburg

Start des Planungsprozess:

2013

Ansprechpartner im

Regionalmanagement:

Dr. Jennifer Winkelbauer
(jennifer.winkelbauer@rmooe.at)

Interkommunale Raumentwicklung Zukunftsregion Braunau

Bgm. Mag. Johannes Waidbacher, Braunau am Inn
DI Claudia Schöneegger/DI Klaus Roselstorfer, Terra Cognita, Salzburg
DI Brigitte Dieplinger, Regionalmanagement Oberösterreich GmbH.

Ausgangslage/Projekt motive/Ziele

Der Start des Projektes „Interkommunales Raumentwicklungskonzept Zukunftsregion Braunau“ fand am 18. Jänner 2013 statt. Zwischen den vier Gemeinden bestehen bereits räumliche und infrastrukturelle Verflechtungen und Erfahrungen in der interkommunalen Kooperation (z.B. INKOBA Braunau-Neukirchen).

Neben den klassischen Raumplanungsthemen zählen die Auswirkungen der prognostizierten demographischen Veränderungen, die Neuplanungen wichtiger regionaler Verkehrsachsen sowie die räumlich- infrastrukturellen Verflechtungen und Kooperationen zu Simbach bzw. zum bayerischen Grenzraum zu den wesentlichen Herausforderungen der Zukunftsregion.

Durch eine gemeinsam abgestimmte räumliche Entwicklung sollen mögliche Synergiepotentiale bestmöglich genutzt, Doppelgleisigkeiten vermieden und so die Zukunftsregion als Lebens- und Wirtschaftsstandort gestärkt und weiter attraktiviert werden.

Als Grundlage hierfür soll ein regionaler Raumordnungsrahmenplan mit Festlegung von Flächen mit regionaler Bedeutung z.B. für die Betriebsansiedlung mit einem Planungshorizont bis 2035 erarbeitet werden.

Dabei gilt es, die vorhandenen Ressourcen nachhaltig zu nutzen und die bestehenden räumlich infrastrukturellen Verflechtungen und Kooperationen zwischen den Gemeinden weiter zu intensivieren.

Der angrenzende bayerische Raum, mit dem eine langjährige Kooperationskultur besteht, soll bei den Planungen berücksichtigt werden.

Planungsprozess

Das Projekt wird in vier Arbeitsphasen bearbeitet: Aufbauend auf einer Bestandsanalyse wurden die Stärken und Schwächen der Zukunftsregion analysiert.

Ein Schwerpunkt lag dabei auf qualitativen Analysen und Trends sowie ihren Auswirkungen, um etwaigen negativen Entwicklungen frühzeitig entgegen wirken zu können.



Abbildung:
Breite Beteiligung bei den intensiven Arbeitsrunden zur
Festlegung der gemeinsamen Strategie
Foto: Claudia Schönegger, terracognita, Salzburg, 2013

Vertiefend wurde in vier Fokusgruppen zu den Schwerpunktthemen gearbeitet: Landwirtschaft, Natur- und Kulturlandschaft; Soziale Infrastruktur, Freizeit und Erholung; Interkommunale Betriebsstandorte (INKOBA-Standorte), Mobilität und Verkehrsinfrastruktur; Bauland-

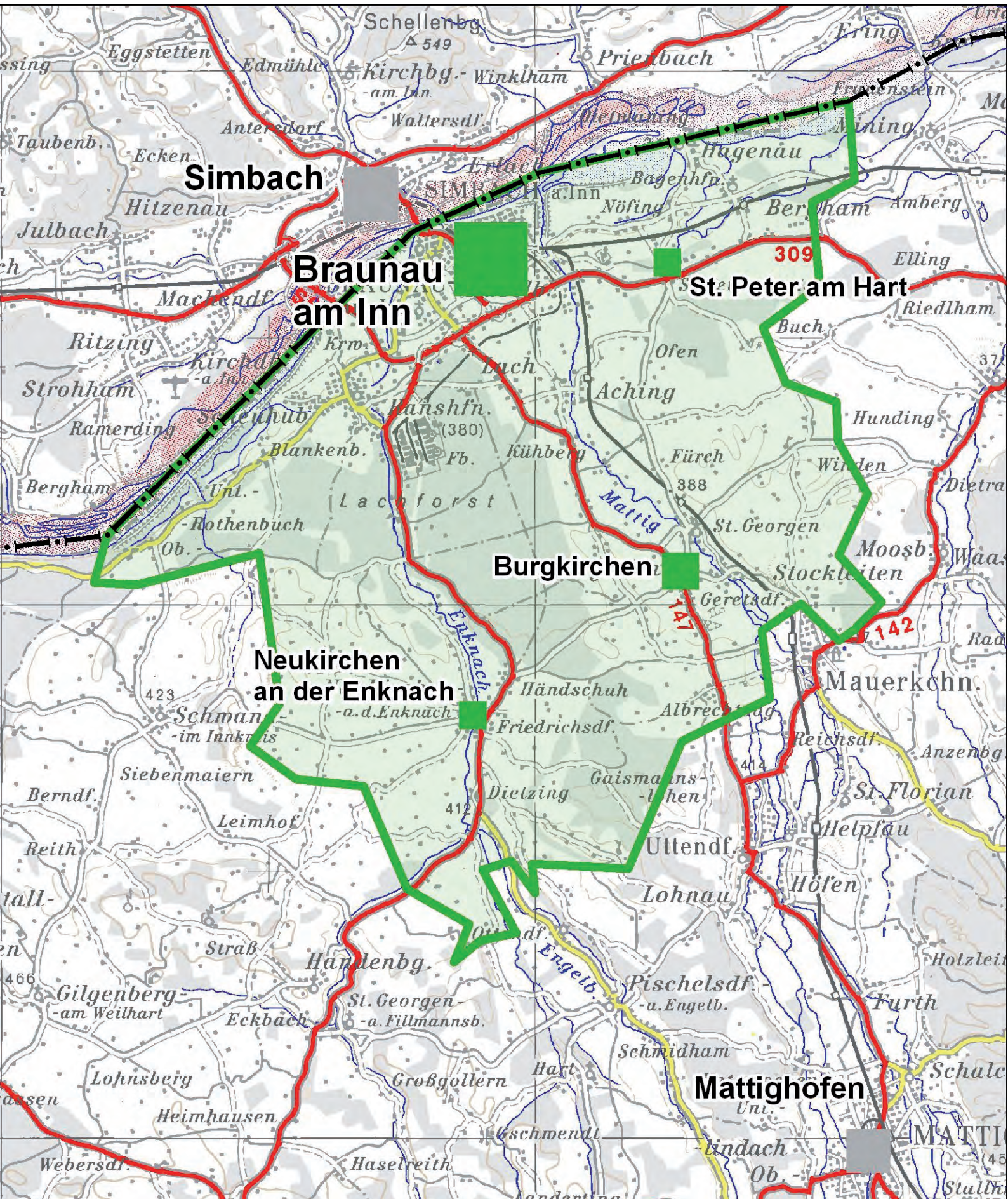
mobilisierung und Standortqualitäten Wohnen.
In einem nächsten Schritt soll eine themenübergreifende Strategie entwickelt und darauf aufbauend ein integriertes Raumentwicklungskonzept erarbeitet werden.

Abbildung:
Das Planungsteam der Zukunftsregion Braunau stellt sich vor
Foto: Claudia Schönegger, terracognita, Salzburg, 2013



Abbildung: Lage der Zukunftsregion Braunau

Quelle: Claudia Schöneegger, terracognita, Salzburg, 2013





Konkrete Ergebnisse

Aufbauend auf die Bestandsanalyse wurden Trends und Szenarien der Raumentwicklung diskutiert, erste Kooperations- und Handlungsfelder beraten, mögliche räumliche Potentiale, Hindernisse (Qualitäts- und Konflikt-räume) sowie Entwicklungsbereiche (mögliche INKOBA Standorte) ausgemacht und im Rahmen einer Strategieklausur weiter konkretisiert.

Die sechs Handlungsfelder für die vertiefte Kooperation sind:

- Interkommunale Betriebsstandortentwicklung:
Stärkung und Positionierung der Zukunftsregion durch qualitativ hochwertiges interkommunales Standortangebot
- Baulandmobilisierung:
Gemeinsame Abstimmung und aktive Maßnahmen zur Vertragsraumordnung
- Ausbau Verkehrsinfrastruktur und Beeinflussung Verkehrsmittelwahl:
Gemeinsam abgestimmter Ausbau und Attraktivierung des Radver-

kehrsystems sowie des regionalen öffentlichen Verkehrs

- Soziale Infrastruktur sowie Freizeit und Erholung:
Gemeinsame Abstimmung und bedarfsorientierter Ausbau des regionalen Angebotes
- Ressourcenschutz Boden sowie Natur- und Kulturlandschaft:
Sicherung der natürlichen regionalen Ressourcen und Erhalt sowie Entwicklung der Eigenart, Vielfalt und Natürlichkeit der Landschaft
- Regionale Kommunikation nach Innen und Außen sowie gemeinsame Interessensvertretung:
Erfolgreiche Positionierung als „Mittelzentrum“

Die oben angeführten sechs Handlungsfelder werden in insgesamt vier Fokusgruppen vertieft behandelt. Zu den Themen Landwirtschaft, Natur- und Kulturlandschaft sowie soziale Infrastruktur, Freizeit und Erholung fanden bereits Fokusgruppen mit Vertreterinnen und Vertretern aus den vier Gemeinden sowie Experten des Landes und des Regionalmanagements Oberösterreich (Geschäftsstelle Innviertel-Hausruck) statt.

Dabei sind bereits konkrete Projektideen sowie Kooperationsaufgaben in den Bereichen Kinderbetreuung und Radverkehr entstanden, die im laufenden Prozess weiter vertieft werden sollen.

Die nächsten Schritte

Im Rahmen des bisherigen Planungsprozesses wurden bereits alle vier Fokusgruppen durchgeführt. Ein Erstentwurf für ein integriertes Standortkonzept sowie die Ausarbeitung möglicher Kooperationsinhalte sind in Arbeit und werden ab ersten Quartal des Jahres 2014 für die politischen Beratungen in der Zukunftsregion Braunau zur Verfügung stehen.

Abbildung: Der Stadtplatz von Braunau als regionales Zentrum mit Blickrichtung Bayern
Foto: A. Mandlbauer, Amt der Oö. Landesregierung, 2013



Abbildung: Der Stadtplatz von Schwandenstadt soll auch weiterhin das Zentrum der Region Schwandenstadt sein
Foto A. Mandlbauer, Amt der Oö. Landesregierung, 2013



Anton Helmberger
Regionssprecher und
Bürgermeister in Rutzenham

Interkommunale Raumentwicklung Region Schwandenstadt

Bgm. Anton Helmberger, Rutzenham
DI Richard Resch, regionalentwicklung.at, Graz
DI Christian Söser, Regionalmanagement Oberösterreich GmbH.

Ausgangslage und Projekt motive

Mit einer Situierung entlang der österreichischen Westachse insbesondere der B1 (Wiener Bundesstraße) und der Westbahn, weist die Region Schwandenstadt schon derzeit eine überregionale Gunstlage mit leicht steigendem Bevölkerungspotential und günstigen sozioökonomischen Kenndaten auf. Im Zusammenhang mit den günstigen Erreichbarkeiten, längerfristig angelegten Standortentwicklungen konnten in den letzten Jahren auch einige wichtige Betriebsansiedlungen entlang der B1 realisiert werden. Dennoch verliert die Region in den bestehenden Größenstrukturen an Qualitätsniveau und sinkt in der Durchmischung der Beschäftigungsgröße pro Arbeitsstätte unter den Bezirksschnitt. Diese feststellbare Tendenz erhöht zwangsläufig die Pendlerströme und senkt die Bildungsstruktur der Wohnbevölkerung in den Gemeinden.

der Ager, können als beachtliche Entwicklungschancen und „Soft skills“ für die Standortentwicklung gesehen werden. Gerade die enge Verflechtung des historischen Stadtgefüges mit den Umlandgemeinden und die darüber hinausgehende Nahversorgungsfunktion von Schwandenstadt bieten zum einen ein nicht unbeträchtliches Entwicklungspotential, erfordern zum anderen aber auch eine enge Abstimmung bei Infrastruktur und Raumentwicklung.

Schon in einem früheren Entwicklungsprogramm (1977!!) wurde die möglichst intensive regionale Zusammenarbeit als Szenario und Herausforderung für die regionale Entwicklung diskutiert. Daraus entstand zum einen der Förderverein für die wirtschaftliche Entwicklung der Region Schwandenstadt, zum anderen kooperieren die Gemeinden Oberndorf bei Schwandenstadt, Pitzenberg, Pühret und Rutzenham schon seit längerem in einer Verwaltungsgemeinschaft.

Das historische Zentrum von Schwandenstadt, eine dynamische Siedlungsentwicklung im Umfeld und die Sport- und Naherholungsachse entlang

Im Zusammenhang mit der Initiative Regio 13 des Landes Oberösterreich wurde das laufende Projekt Interkommunale Raumentwicklung gestartet und

Beteiligte Städte/Gemeinden:

Atzbach, Niederthalheim, Oberndorf bei Schwandenstadt, Pitzenberg, Redlham, Rüstorf, Rutzenham, Schwandenstadt, Schlatt

Politischer Bezirk: Vöcklabruck

Bevölkerungszahl (Stand 2013):

13.200 Einwohner

Fläche: 82 km²

Regionssprecher:

Bgm. Anton Helmberger,
Rutzenham

Planungsbüro (Projektleitung):

DI Richard Resch, regionalentwicklung.at, Graz

Start des Planungsprozess:

2013

Ansprechpartner im

Regionalmanagement: Mag. Christian
Söser (christian.sooser@rmooe.at)



Abbildung: Die politische Steuerungsgruppe setzt sich gemeinsam für die Entwicklung der Region Schwandenstadt ein.

Foto: Mag. Christian Söser, Regionalmanagement Oberösterreich GmbH., 2013

sollen damit insbesondere die folgenden Fragen bearbeitet und einer Lösung zugeführt werden:

Wie können die gemeinsamen, durchaus attraktiven Rahmenbedingungen weiter verbessert werden (z.B. im Bereich Wohnen, Freizeit und Ausbildungs- und Betreuungseinrichtungen), damit Betriebe in Standorte in der Region Schwandenstadt investieren?

Wie kann eine kluge, zwischen den Gemeinden abgestimmte Politik, die Entwicklung hin zu einem anspruchsvollen Zukunftsszenario fördern, um den Herausforderungen des demografischen Wandels erfolgreich begegnen zu können?

Auch die geringen finanziellen Spielräume setzen den Gestaltungsmöglichkeiten der Gemeinden einen engen Rahmen. Mit gemeinsamen Planungen und Abstimmungen sollen zusätzliche Synergien genutzt werden.

Vor allem die demografische Entwicklung hat Auswirkungen auf die Planungsnotwendigkeiten in den Gemeinden in Hinblick auf attraktive Wohnstandorte, Arbeitsplätze, Freizeit-

angebote, Ausbildungs- und Betreuungseinrichtungen sowie auf den Verkehr.

Die Umfahrungen in Schwandenstadt und zukünftig in Lambach werden neue räumliche Nutzungsmöglichkeiten auf-tun.

Auch die nachhaltige Nutzung der vorhandenen Flächen, bei allen Notwendigkeiten für eine positive Weiterentwicklung der Region, ist ein wichtiges Anliegen für das Projekt. Speziell die Tatsache, dass in den kommenden Jahren aufgrund der demografischen Veränderungen weniger Erwerbstätige am Arbeitsmarkt verfügbar sein werden, braucht gemeinsame Planungsüberlegungen.

Auf diese Entwicklungen und Fragen – differenziert nach Altersgruppen und Herkunft der Menschen – will die Region Schwandenstadt in der gemeinsamen Raumplanung eingehen.

Diese Zukunftsarbeit kann nicht bei den Gemeindegrenzen Halt machen, vielmehr ist man der Überzeugung, dass eine gemeinsame Planung und Abstimmung von wesentlichen Prozessen eine entscheidende Strategie für die Weiterentwicklung der Region darstellt.

Planungsprozess

Die Regionalmanagement OÖ GmbH, Geschäftsstelle Vöcklabruck-Gmunden hat das Projekt gestartet und begleitet den Arbeitsprozess. Die inhaltliche Bearbeitung erfolgt durch das Planungsteam DI Richard Resch, DI Wilhelm Schrenk, DI Koch und CIMA. Neben den Gemeindevertretern und örtlichen Verwaltungen werden auch Wirtschaftskammer, TMG, sonstige regionale Interessensvertretungen und Leitbetriebe der Region in die Arbeit eingebunden.

Der Arbeitsprozess ist schon weit fortgeschritten, in drei Workshops der Steuerungsgruppe und themenspezifischen Fokusgruppen wurden Stärken und Schwächen der Region diskutiert sowie ein Leitbild und mehrere Szenarien für die Umsetzung der Maßnahmen erarbeitet. Die Rückkopplung in die Gemeinden erfolgte im Rahmen der Gemeindegänge und einer Gemeinderätekonferenz sowie einer intensiven Kommunikation über die regionalen Medien.



Abbildung:
Der politische Sprecher der Region Schwanenstadt (Bgm. Helmberger, Rutzenham)
in seiner Rolle als Moderator
Foto: Mag. Christian Söser, Regionalmanagement Oberösterreich GmbH., 2013

Zwischenergebnisse

Mit der Zusammenführung der Örtlichen Entwicklungskonzepte und Flächenwidmungspläne auf regionaler Ebene wurden die Planungsabsichten der Einzelgemeinden erstmals zu einem gemeinsamen Dokument zusammengeführt. Ausgangslage und Zufriedenheit mit Nahversorgung, Wohnungsversorgung und Freizeitausstattung wurden im Rahmen einer umfassenden Haushaltsbefragung erhoben. Diese Untersuchung liefert ein wichtiges, weitgehend positives Bild der Region, zeigt aber auch die Ansatzpunkte für die nachhaltige Sicherung der Nahversorgung auf.

Aufbauend auf die Stärken, Schwächen und Potentiale der Region wurde ein Leitbildentwurf erarbeitet, der die Zielsetzungen im Hinblick auf die Wettbewerbsfähigkeit des Standortes, auf die Wohn-/Freizeit-/Umweltqualität sowie auf wesentliche Erfordernisse bei der Verkehrsinfrastruktur definiert. Dieses Szenario einer zukunftsfähigen, „smarten“ Lebens- und Wirtschaftsregion zielt auf eine bewusste Nutzung von Potentialen und regionalen Kompeten-

zen sowie Anforderungen der Region im Zusammenhang mit langfristig zu erwartenden Trends und Wettbewerbsbedingungen im regionalen Umfeld. Gerade die Region Schwanenstadt bietet im Vergleich zu den oft strukturlosen, stadtähnlichen Verdichtungen im Umfeld noch die Voraussetzungen für eine integrierte, multisektorale, einigermaßen eigenständige Stadt-Umlandentwicklung und profiliert sich damit auch gegenüber den benachbarten Nahversorgungszentren.

Als mögliches Szenario für die Umsetzung des Konzeptes und einer damit zusammenhängenden professionellen, zukünftigen Handlungsstruktur der Region Schwanenstadt wird aus Expertensicht ein gemeinsamer Raum-/Standortentwicklungsverband der Gemeinden empfohlen. Ein erster Entwurf dazu soll im ersten Quartal 2014 mit dem Land Oberösterreich abgestimmt werden. Die Festlegung möglicher Szenarien im Sinne möglichst effizienter, leistbarer und demokratischer Strukturen – auch im Einklang mit den Rahmenbedingungen des Landes Oberösterreich – sind derzeit aber noch offen.

Nächste Schritte/Herausforderungen

Leitbildentwurf und Szenarien für die erforderlichen Umsetzungsstrukturen wurden in zwei weiteren thematischen Fokusgruppen im Herbst 2013 vertieft. Die Bonitätsprüfung gewidmeter und neuer, zusätzlich denkbarer Betriebsstandorte mündete in ein Standortentwicklungskonzept, das durch ein Siedlungs-, Verkehrs- und Freiraumkonzept ausdifferenziert und zu einem Raumordnungsrahmenplan zusammengeführt werden soll.

Wesentlich wird es sein, eine tragfähige, nachhaltig wirksame Zustimmung der Gemeinden zu den wichtigsten Standortfestlegungen zu finden und eine Kooperationsstruktur und Kooperationskultur zu entwickeln, die in der Lage ist, sowohl die Ordnung als auch die Entwicklung der Region Schwanenstadt voranzubringen.

Ungeachtet der notwendigen Einbindung und Mitentscheidung der Gemeinderäte wird dafür letztlich auch die Überzeugungsarbeit bei den wirtschaftlichen Akteuren und bei der lokalen Bevölkerung erforderlich sein.

4+ VERWALTUNGSZENTRUM

RITZENBERG PÜHRET RUTZENHAM OBERNDORF BEI SCHWANENSTADT



Abbildung:
Ein Gemeindeamt für vier Gemeinden- gelebte
Verwaltungskooperation in der Region Schwanenstadt
Foto: A. Mandlbauer, Amt der Oö. Landesregierung, 2013



Abbildung :
Durch die unmittelbare Lage an der Westbahn besitzt die Region
besondere Lagevorteile
Foto: A. Mandlbauer, Amt der Oö. Landesregierung 2013



Abbildung:
Gemeinsam im Dienste der Regionalentwicklung unterwegs-
die Mitglieder der politischen Steuerungsgruppe
Foto: DI Clemens Piffl, Regionalmanagement OÖ GmbH, 2013

Interkommunale Raumentwicklung Zentralraumregion Linz-Südwest



Manfred Baumberger
Regionssprecher und
Bürgermeister
Manfred Baumberger, Ansfelden

Bgm. Manfred Baumberger, Ansfelden
Dipl.-Ing. Sibylla Zech, Planungsbüro stadtländ, Wien
Dipl.-Ing. Clemens Piffl, Regionalmanagement Oberösterreich GmbH



Beteiligte Städte/Gemeinden:

Ansfelden, Hörsching, Kirchberg-
Thening, Leonding, Oftering,
Pasching, Pucking, St. Marien,
Traun, Wilhering

Politischer Bezirk:

Linz-Land

Bevölkerungszahl (Stand 2013):

196.300 Einwohner

Fläche: 220 km²

Regionssprecher:

Bgm. Manfred Baumberger,
Ansfelden

Planungsbüro (Projektleitung):

stadtländ Dipl.-Ing. Sibylla Zech
GmbH, Wien

Start des Planungsprozess:

2013

Ansprechpartner im

Regionalmanagement: DI Clemens
Piffl (clemens.piffl@rmoee.at)

Ansfelden, Hörsching, Kirchberg-
Thening, Leonding, Oftering,
Pasching, Pucking, St. Marien,
Traun, Wilhering.

Zehn Gemeinden aus dem Bezirk Linz-
Land im oberösterreichischen Zentral-
raum, mit gesamt rund 220 km² und
96.000 Einwohnern wollen den Lebens-
und Wirtschaftsraum gemeinsam gestal-
ten. Wohnen, Verkehr und Mobilität,
Landschaft und Umwelt, Versorgung
und Wirtschaftsstandorte sind dabei
wichtige Themen die sich in dieser
Stadtumlandregion eröffnen. Stärken,
Schwächen, Chancen und Risiken der
zukünftigen Entwicklung treten zu Tage.

Nicht eine Gemeinde alleine kann ein
Funktionieren des sensiblen Gefüges
von Nutzungsansprüchen gewährlei-
sten.

Nicht administrative Grenzen, sondern
funktionale Aufgabe und Eignung
bestimmen das Wirkungsgefüge und
erfordern in hohem Maße eine regionale
Sichtweise und Abstimmung zwischen
den Projektgemeinden.

Wo wird schon zusammengearbeitet?
Wo braucht es verstärkte Zusammen-
arbeit, um mit den zukünftigen Heraus-
forderungen umzugehen?

Diese Fragen stellen sich die zehn
Projektgemeinden, wollen dazu gemein-
sam Antworten erarbeiten und haben
sich zur Erstellung und Umsetzung
eines interkommunalen Raumentwick-
lungskonzeptes zu der „Zentralraum-
region Linz-Südwest“ zusammenge-
schlossen. Dies soll einer optimierten
Koordination einer integrierten räumli-
chen Entwicklung dienen.



Wesentliche Bestandteile dabei sind:

- Raum- und Kooperationsanalyse (SWOT)
- Leitbild und Entwicklungsstrategie, integriertes Standortkonzept mit Plandarstellungen und Festlegung von Leitprojekten,
- Aktionsprogramm und Raumordnungs-Rahmenplan,
- Ausarbeitung einer interkommunalen Vereinbarung

Die zehn Städte und Gemeinden wollen in Blickrichtung einer langfristigen Positionierung als „Zentralraumregion Linz-Südwest“ neue interkommunale Schwerpunkte setzen, räumliche Entwicklungen und regional wichtige Infrastrukturmaßnahmen sowie Verkehrsinfrastruktur- und Lenkungsmaßnahmen vorantreiben und gemeinsam zu deren Umsetzung beitragen.

Auf Basis der bestehenden engen räumlichen, funktionalen und infrastrukturellen Verflechtungen zwischen den Gemeinden sollen mit der Entwicklung räumlich-infrastruktureller Kooperationen Synergiepotentiale gehoben wer-

den. Ziel ist die Positionierung als Wirtschafts- und Lebensregion mit hoher Lebensqualität, die im Wettbewerb der Regionen überregional wahrgenommen wird. Dazu wollen die Gemeinden Entscheidungsgrundlagen zur Steuerung und Optimierung der interkommunalen Raumentwicklung in der „Zentralraumregion Linz-Südwest“ unter dem Gesichtspunkt der Realisierbarkeit erarbeiten.

Die ersten Ergebnisse und abgeschlossenen Arbeitsschwerpunkte stellen sich dabei wie folgt dar:

- Konstituierung einer politischen Steuerungsgruppe aus Vertreterinnen und Vertretern der zehn Projektgemeinden. Diese Gruppe trifft sich in regelmäßigen Abständen um wesentliche Richtungsentscheidungen im Projekt zu beschließen.
- Im Zuge der Raum- und Kooperationsanalyse (SWOT) wurden sogenannte Gemeindeinterviews durchgeführt. Hierbei wurden Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, Amtsleiter, Vertreterinnen und

Vertreter politischer Fraktionen, Fachabteilungen, Planungsausschussmitglieder, Ortsplaner, etc. zu ihrer Einschätzung betreffend dem Ist-Stand, der Entwicklungspotentiale, ihren Erfahrungen und Anforderungen an interkommunale Kooperationen befragt.

- Entwurf eines Leitbildes und einer gemeinsamen Entwicklungsstrategie
- Durchführung sogenannter Regionskonferenzen. Im Sommer wurde im Zuge der 1. Regionskonferenz rund 60 Teilnehmerinnen und Teilnehmern die Projektidee vorgestellt. Danach konnten im Rahmen informeller Gespräche, Erfahrungen und Ansichten zu den behandelten Themen ausgetauscht werden. Eine zweite Regionskonferenz wurde im Herbst 2013 abgehalten.

Abbildung:
Regionskonferenz Ansfelden
Foto: DI Clemens Piff, Regionalmanagement OÖ GmbH, 2013



Abbildung:
Der Kumberger Wald- ein beliebtes Ausflugsziel in der
Zentralraumregion Linz-Südwest
Foto: A. Mandlbauer, Amt der Oö. Landesregierung



Abbildung:
Mit dem Blue Danube Airport besitzt die Region eine her-
ausragende Infrastruktur
Quelle: Dedl, Land Oberösterreich



IKRE LINZ SÜDWEST

Interkommunale Raumentwicklung

Abbildung:
Über den Austausch von Innen- und Außensichten der
Gemeinden, fügte sich das „Gemeindepuzzle beim Zukunftstag
in Ansfelden (Oktober 2013) zusammen
Quelle: DI Clemens Piffli, Regionalmanagement OÖ GmbH.

Träger dieses Projektes ist der Verein "Regionalforum Linz/Linz-Land". Die Gesamtprojektleitung liegt bei der RMOÖ GmbH (Geschäftsstelle Linz/Linz-Land).

Als fachliche Projektbegleitung fungiert das Bieterkonsortium „stadtland Wien-Bregenz/komobile/TU Wien“. Die Projektpartner setzen sich aus dem Verein "Regionalforum Linz/Linz-Land" den zehn Projektgemeinden Ansfelden,

Hörsching, Kirchberg-Thening, Leonding, Oftring, Pasching, Pucking, St. Marien, Traun, Wilhering und dem Amt der OÖ. Landesregierung, Abteilung Raumordnung/Überörtliche Raumordnung zusammen.

Der Planungsprozess startete im April 2013 und soll bis Mitte des Jahres 2014 abgeschlossen sein, sodass danach die Umsetzungsphase beginnen kann.



Abbildung:
Interkommunale Raumentwicklung heißt auch: „voneinander Lernen
und miteinander Planen“
Quelle: DI Clemens Piffli, Regionalmanagement OÖ GmbH, 2013

Herausforderung Interkommunale Raumentwicklung

Andreas Mandlbauer, Abteilung Raumordnung, Amt der Oberösterreichischen Landesregierung

Die sieben in dieser Ausgabe der Raumordnungszeitschrift „aufgeräumt“ beschriebenen Pilotprojekte zur Interkommunalen Raumentwicklung haben deutlich gemacht, dass die Stärkung der regionalen Handlungsebene für eine zukunftsfähige Raumentwicklung erfolgversprechend ist.

Für die Einbettung derartiger interkommunaler Planungsprozesse in bestehende Raumordnungsverfahren, sind jedoch noch weitere Diskussionen zu führen.

Aufgrund der bisher mit interkommunalen Raumentwicklungsprojekten gemachten Erfahrungen, sind in diesem Zusammenhang folgende Ansatzpunkte besonders relevant:

Neues Verständnis im Zusammenwirken der Entscheidungsträger aufbauen

Die bisherigen Ergebnisse zeigen, dass interkommunale Raumentwicklung dann zielgerichtet ausgerichtet werden kann, wenn im Vorfeld von behördlichen Planungsverfahren eine transparente Informationsstrategie zwischen den beteiligten Planungspartnern in Gang gesetzt wird.

Erst durch diesen Wissenstransfer kann die Grundlage für gemeinsam getragene Raumentwicklungsstrategien entstehen. Damit werden in Zukunft vermehrte Anstrengungen notwendig werden, ergänzend zu den verfahrensrechtlich vorgeschriebenen Planungsschritten, vertiefende Planungsgespräche zwi-

schen den Entscheidungsträgern/innen auf Landes- und Gemeindeebene zu führen.

Regionale Strategien in landes-/kommunalpolitische Entscheidungsprozesse einpflegen

Da es keine demokratisch legitimierte Entscheidungskompetenz einer Region in Raumplanungsfragen gibt, müssen interkommunale Planungsüberlegungen entweder durch Beschlüsse der Oberösterreichischen Landesregierung (Raumordnungsprogramm) oder/und durch Entscheidungen der Gemeinderäte (Flächenwidmungsplan) rechtsverbindlich gemacht werden.

Dabei wird es notwendig sein, eine ausgewogene Balance zwischen landesgesetzlicher Rahmensetzung (Raumordnungsprogramm) und kommunalpolitischer Planungsumsetzung (Flächenwidmungsplan) zu finden.

Optimale Kooperations- und Entscheidungsstrukturen finden

Die bisherigen Erfahrungen zeigen, dass die Gespräche über geeignete Kooperations- und Entscheidungsstrukturen vertieft werden müssen. Eine interkommunale Raumplanungskultur zieht zwangsläufig die Frage nach sich, wie auf Grundlage der bestehenden raumordnungspolitischen Entscheidungsmechanismen, interkommunale Beschlüsse rechtmäßig zustande kommen können.

Seit einiger Zeit wird diese Diskussion intensiv im Spannungsfeld zwischen pri-

vatrechtlichen Kooperationsvereinbarungen und Zweckverbänden geführt.

Erhöhung der fiskalischen Äquivalenz bei der Standortpolitik

In vielen Gemeinden herrscht die Einschätzung, dass durch den aktuellen Finanzausgleich und der ungleich über das Landesgebiet verteilten Standortgunst für bestimmte Raumnutzungen (z.B. Betriebsansiedlungen), ein Ungleichgewicht in der aktuellen Finanzausstattung des Gemeindebudgets besteht.

Dadurch werde es für viele Gemeinden immer schwieriger ihren gesetzlichen Aufgaben nachzukommen.

Um diese sogenannte fiskalische Äquivalenz zu erhöhen, sollten die Kreise der Nutznießer, Kostenträger und Entscheidungsträger von regionalen öffentlichen Leistungen in bessere Übereinstimmung gebracht werden, als bisher.

Erste Lösungsansätze dazu bieten die in mittlerweile 20 Regionen Oberösterreichs entstandenen Gemeindeverbände für Betriebsansiedlung (INKOBA, Wirtschaftspark), die u.a. eine regionale Umverteilung der Kommunalsteuer durchführen.

Eine umfassendere Diskussion über die Verteilungswirkungen des Finanzausgleichs wird laufend über den Österreichischen Gemeinde- und Städtebund geführt, und wird sicher auch die Debatte um die interkommunale Raumentwicklung in Oberösterreich weiter prägen.



Abbildung:
Interkommunale Raumentwicklung heißt, die Balance zwischen
veifältigen Interessen zu finden.
Quelle: Regionalmanagement OÖ. GmbH, 2013



IMPRESSUM

Medieninhaber:
Herausgeber:

Gestaltung/Layout:
Fotos und Grafiken:

Druck:
Abonnements und Einzelbestellung:

Verlags- und Erscheinungsort:

DVR:

Land Oberösterreich

Direktion für Landesplanung, wirtschaftliche und ländliche Entwicklung, Abteilung Raumordnung
4021 Linz, Bahnhofplatz 1 Redaktion und Koordination: DI Andreas Mandlbauer, Abteilung Raumordnung

Susanne Schuster, Abteilung Raumordnung
Land Oberösterreich, Projektgemeinden, Planungsbüros
Gutenberg-Werbering Gesellschaft m.b.H. Linz

Die Zeitschrift "aufgeräumt" wird kostenlos abgegeben. Abonnements und Einzelbestellungen richten Sie bitte an:
Amt der Oö. Landesregierung, Direktion für Landesplanung, wirtschaftliche und ländliche Entwicklung,
Überörtliche Raumordnung, Bahnhofplatz 1, 4010 Linz, Tel. 0732/7720-14821, E-mail: ro-ue.post@ooe.gv.at
Linz, April 2014

Erklärung der grundlegenden Richtung der Zeitschrift: Die Zeitschrift "aufgeräumt" informiert über Raumordnung, Dorf-, Stadt- und Regionalentwicklung sowie EU-Regionalpolitik im Bundesland Oberösterreich
0069264